

Mag.^a Beate Meinl-Reisinger, MES
Bundesministerin
Minoritenplatz 8, 1010 Wien, Österreich

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Wien, am 27. Mai 2026

GZ. BMEIA-2026-0.284.329

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr.ⁱⁿ Elisabeth Götze, Kolleginnen und Kollegen haben am 27. März 2026 unter der Zl. 5518/J-NR/2026 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Baukartell von 2002 bis 2017 - Wurden Schadensersatzansprüche der öffentlichen Hand geprüft und eingefordert?“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 14:

- *Hat bzw. hatte Ihr Ministerium bzw. die Ihnen zugeordneten Organisationen Geschäftsbeziehungen mit im Baukartell involvierten Unternehmen?*
- *Wie viele Bauprojekte bzw. Aufträge im Zuständigkeitsbereich Ihres Ministeriums wurden im Zeitraum seit 2002 bis 2017 an die im Baukartell beteiligten Unternehmen vergeben und/oder realisiert? Bitte um tabellarische Aufschlüsselung nach Jahren und den im Baukartell beteiligten Unternehmen.*
- *Welches Gesamtvolumen (in Euro) hatten diese Projekte bzw. Aufträge? Mit Bitte um Aufschlüsselung gemäß Frage 2.*
- *Wurde in Ihrem Zuständigkeitsbereich bereits überprüft, ob im relevanten Zeitraum öffentliche Gelder an am Baukartell involvierte Unternehmen geflossen sind und ob potenzielle Schadensersatzansprüche vorliegen? Falls ja:*

Seit wann bzw. in welchen Zeiträumen erfolgten die Prüfungen und sind sie bereits abgeschlossen?

Wie viele Projekte wurden bisher überprüft?

Welches finanzielle Auftragsvolumen umfassen die überprüften Projekte?

- *Was sind konkret die hinsichtlich Auftragsvolumen 5 größten Fälle, bei denen kartellrechtswidrige Absprachen festgestellt werden konnten?*
- *Wurden in Ihrem Zuständigkeitsbereich Forderungen auf Schadensersatz gestellt? Falls ja, in wie vielen Fällen wurden Forderungen auf Schadensersatz erhoben? Falls ja, auf welches Volumen (in Euro) belaufen sich die erhobenen Forderungen auf Schadensersatz? Falls nein, wieso nicht?*
- *Konnten bereits Schadensersatzansprüche gegenüber am Baukartell beteiligten Bauunternehmen geltend gemacht werden? Wenn ja, in wie vielen Fällen wurden Schadensersatzansprüche geltend gemacht bzw. Einigungen erzielt? Wenn ja, wie hoch ist der Betrag der insgesamt geltend gemachten Forderungen? Wenn ja, bitte um tabellarische Aufschlüsselung gemäß Frage 2. Wenn ja, was sind konkret die hinsichtlich Auftragsvolumen 5 größten Fälle, bei denen Schadensersatzansprüche eingeklagt werden konnten?*
- *Falls noch keine umfassende Prüfung erfolgt ist: Ist eine solche geplant? Nach welchem Zeitplan soll diese erfolgen? Welche organisatorischen Maßnahmen werden dafür gesetzt?*
- *Wie hoch schätzen Sie den insgesamt entstandenen Schaden für die öffentliche Hand in Ihrem Zuständigkeitsbereich?*
- *Mit welcher Höhe an Schadensersatzansprüchen rechnen Sie in den nächsten 3 Jahren?*
- *Welche Maßnahmen setzen Sie, um die Durchsetzung von Schadensersatzansprüchen sicherzustellen?*
- *Welche Schritte werden gesetzt, um sicherzustellen, dass keine Ansprüche verjähren?*
- *Gibt es eine koordinierte Vorgehensweise zwischen Ihrem Ressort, anderen Bundesministerien sowie bundeseigenen Unternehmen zur Aufarbeitung des Baukartells? Wenn ja, wie sieht diese konkret aus? Wenn nein, warum nicht?*
- *Welche Lehren ziehen Sie aus diesem Kartellfall für zukünftige Vergabeverfahren im öffentlichen Bereich?*

Im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMEIA) erfolgten im Anfragezeitraum folgende Bauaufträge:

2005		Kosten in Euro
PORR AG – STRABAG AG	Herstellung eines Wanddurchbruchs	948,00
PORR AG – STRABAG AG	Kernbohrungen von der Cafeteria in das darunterliegende Kellergeschoss	1.650,46
2007		
PORR AG	Deckenbohrungen anlässlich der Installation der Klimaanlage	42.431,98
PORR AG	Baumeisterleistungen für Maßnahmen im Sicherheits- und Brandschutzbereich	19.200,00

Es handelte sich jeweils um Direktvergaben und die Arbeiten wurden ordnungsgemäß durchgeführt und abgerechnet. Es wurden keine Schadensersatzansprüche gestellt.

Mag.^a Beate Meini-Reisinger, MES